

*DV BDP Schweiz 16. Januar 2010 Schönbühl, Bern, Sperrfrist Samstag, 16.01.2010*

*Rede Hans Grunder, Nationalrat, Parteipräsident BDP Schweiz, Hasle-Rüegsau*

**(es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter nationaler, kantonaler und kommunaler Behörden,

Werte Delegierte, Gäste und Medienschaffende

Angriffiger und präserter werden. Das haben wir uns Ende Oktober in Chur vorgenommen.

Und es klappt. Wir sind auf Kurs. Die BDP spielt in der Bundespolitik eine immer wichtigere Rolle.

Wir sind zwar - im Moment noch - nur zu sechst, aber wir gewinnen an Einfluss. Und unsere Bundesrätin, Eveline Widmer-Schlumpf, macht einen hervorragenden Job.

Sie fragen sich jetzt vielleicht, wie man mit einer kleinen Fraktion in Bern Stricke zerreißen kann. Ganz einfach, indem man das Zünglein an der Waage spielt und den politischen Zug im richtigen Moment aufs richtige Geleise lenkt.

Das gilt natürlich in erster Linie für die Kommissionsarbeit, die immer noch die wichtigste Weichenstellerin im parlamentarischen Verkehr darstellt.

Die Arbeit in den Kommissionen findet an sich hinter verschlossenen Türen statt, aber lassen sie mich die Türe für einmal einen Spalt öffnen.

Ich selber bin Mitglied der nationalrätlichen UREK, der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.

Eine Schlüsselkommission in Zeiten von Klimaschutz, erneuerbaren Energien und drohender Stromknappheit.

Zu Beginn der Woche beugten wir uns über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz – es war nach dem Kopenhagener Klimagipfel die erste konkrete, politische Arbeit in der Schweiz zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Ich zitiere jetzt aus der offiziellen Medienmitteilung:

*„Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat mit 14 zu 12 Stimmen beschlossen auf den Entwurf des Bundesrates betreffend Totalrevision des CO2-Gesetzes einzutreten.“*

Mit 14 zu 12 Stimmen. Ich will nicht verheimlichen, dass ich als einziger Vertreter unserer Partei in der Kommission der 14. war.

Wenn ich mit der unflexiblen Minderheit aus SVP und FDP-Hardlinern gestimmt hätte, wäre eine Pattsituation entstanden – 13 zu 13.

Der Präsident hätte dann den Stichentscheid geben müssen – ein Freisinniger...

Dieses Muster zog sich während der ganzen Beratung weiter:

14 zu 12...

Das war auch bei meinem Antrag der Fall, das Kopenhagener Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad zu beschränken, ins Gesetz aufzunehmen.

Und die 14 Kämpfer für einen wirksamen Klimaschutz, brachten schliesslich das Reduktionsziel von 20 Prozent bis zum Jahr 2020 durch.

Meine Fraktionskollegen können Ihnen bestimmt gleiche Beispiele aus ihren Kommissionen erzählen.

Liebe Parteifreunde,

Sie sehen: Wir machen Politik! Und erst noch eine gute, eine verantwortungsbewusste Politik für die Zukunft unseres Landes, eine Politik für die künftigen Generationen.

Was man von anderen nicht behaupten kann:

Wenn Zürcher SVP-Vertreter unsere Eveline verteilen möchten, müssen wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen. Dieser unanständige Stil gehört zu dieser Partei und zeigt, wie mit Lärm fehlender politischer Tiefgang kaschiert werden soll.

Etwas anderes aber macht mir deutlich mehr Sorgen: Die SVP agiert zunehmend wirtschaftsfeindlich. Drei Beispiele dafür:

Ihre Vertreter haben erstens in der vorberatenden Nationalrats-Kommission den möglichen Gegenvorschlag zur völlig übers Ziel hinausschiessenden Minder-Initiative am Schluss aus rein taktischen Gründen mit der SP zusammen gebodigt.

Sie akzeptiert zweitens die Volksentscheide zugunsten der Personenfreizügigkeit mit der EU um keinen Preis und spielt mit einer Volksinitiative zur Aufkündigung.

Und sie will drittens das hervorragend ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA sistieren und notfalls sogar mit einem Referendum bekämpfen.

Die SVP schadet mit solchem Verhalten direkt unserem Wirtschaftsstandort Schweiz, setzt damit Arbeitsplätze aufs Spiel und trifft die Schweizer Wirtschaft ins Mark. Gegen diese verantwortungslose Politik müssen wir antreten.

Liebe Delegierte, sehr verehrte Gäste

Aufgeregte Zeiten. Links und rechts wird nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes nach einer PUK zur Herausgabe der UBS-Kundendaten gerufen. Aber bleiben wir auf dem Boden. Was ist eigentlich geschehen?

In drei Etappen konnte verhindert werden, dass die UBS zusammengekracht ist:

Zuerst griff der Bundesrat der Bank mit einer Pflichtwandelanleihe finanziell unter die Arme – per Notrecht. Und am Schluss erzielte er noch einen erklecklichen finanziellen Gewinn...

Dann hat zweitens die Finma in einer absolut dringlichen Situation die Herausgabe ausgewählter Daten verfügt, um die Bank vor einem Lizenzentzug in den USA zu bewahren. Die Aufsichtsbehörde ging davon aus, mit dem Bankengesetz genügend legitimiert zu sein und für den Bundesrat stand deshalb die erneute Anwendung von Notrecht nicht im Vordergrund.

Schliesslich hat der Bundesrat – dies drittens – mit den USA einen Vergleich über die Herausgabe weiterer Kundendaten von amerikanischen Steuerbetrügnern erzielen können. Ein Kraftakt, an dem auch die Justizministerin beteiligt war.

Die Bank wurde gerettet, ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden abgewendet.

Und dennoch sitzt plötzlich der Bundesrat auf der Anklagebank.

Und jene, die diesen Schlamassel verursacht haben, sitzen auf ihren Yachten in der Karibik oder wollen sich auf einer unberührten Alp in den Freiburger Alpen zur Ruhe setzen.

Wir schaffen es somit einmal mehr, eine typisch schweizerische Maxime hochzuhalten:

**Wir haben die Lösung gefunden!**

### **Jetzt suchen wir noch das Problem!**

Der Bundesrat und die Finma hatten gute Gründe zu handeln, das Recht wurde für damals denkbare Situationen konstruiert, aber eben nicht für eine unvorhersehbare Situation wie sie sich letzten Frühling präsentierte. Dass Behörden in dieser Situation eine Rechtsverletzung in Kauf nahmen um das Land vor enormen volkswirtschaftlichem Schaden zu schützen ist im Minimum bemerkenswert und verdient Achtung. In einer solchen Ausnahmesituation wurde eben gerade Führungsverantwortung wahr genommen.

Die Politiker stellen nun lautstark die Frage warum so gehandelt wurde. Ich bin überzeugt, hätten die zuständigen Behörden nicht so gehandelt, die gleichen Politiker würden mit grossem Getöse die Frage stellen warum habt ihr nicht so gehandelt.

Sollen sie doch eine PUK einsetzen und Steuergelder verschwenden. Wir sind zwar dagegen, aber wir schauen den Resultaten mit Gelassenheit entgegen. Der Berg wird eine Maus gebären.

Man soll als Politiker vorsichtig sein, Gerichtsurteile zu kommentieren. Deshalb verzichte ich auch darauf. Aber eine kleine Bemerkung sei mir dennoch gestattet: Es war das gleiche Bundesverwaltungsgericht, das im Winter 2008/2009 mit dem Courant normal die absehbare Beschwerdeflut aus den USA bewältigen wollte. Es hatte keine Anstrengungen für eine raschere Gangart unternommen. Und damals brannte es schon lichterloh.

Soweit zu dieser aufgeregten PUK-Diskussion, wir sollten uns endlich vermehrt mit unserer Zukunft auseinandersetzen, statt ständig in der Vergangenheit zu graben. Weitsicht findet nicht im Rückspiegel statt; sonst verpassen wir auch die kommenden Herausforderungen.

Liebe Freunde!

Genug gemotzt. Schliesslich sind wir nicht die Partei der Empörungsbewirtschaftung, sondern der konstruktiven Vorschläge, aus denen Lösungen entstehen können.

Hier deshalb nun Inhalte! Wir haben in aller Stille ein konstruktives Papier zur Armee ausgearbeitet.

Mit gutem Grund: Es ist unerträglich, in welcher Art und Weise die politische Rechte, vereint mit alten, kalten Kriegern, dieses Thema besetzt und eine Blockadenpolitik mit der Linken betreibt.

Zudem hat der neue VBS-Chef eine Diskussion losgetreten, die ihm immer mehr zu entgleiten droht. Und die SVP verstrickt sich zunehmend in Widersprüche zwischen Wunschenken und Finanzierbarkeit.

Kurz: Wir sind hier als vernünftige Kraft in der Sicherheitspolitik herausgefordert und erwarten dies ebenfalls von den anderen politischen Kräften, denen die Sicherheit und das Wohl unserer Bevölkerung und unserem Land am Herzen liegen und die politischen Themen nicht einfach nur für permanenten Wahlkampf missbrauchen.

Die sicherheitspolitische Rechte klammert sich immer noch an den unwahrscheinlichsten Fall, den einer autonomen, flächendeckende Verteidigung.

Wir dagegen verlangen eine Konzentration auf die wahrscheinlichen Fälle, etwa auf neue Bedrohungsbilder wie den Terrorismus.

Dafür braucht die Schweizer Armee aber in erster Linie eine kampfwertgesteigerte Infanterie.

Die Fraktion und die Geschäftleitung der BDP Schweiz haben deshalb gestern ein **Armeepapier mit 9 konkreten Forderungen** verabschiedet und Heute den Medien übergeben. (Folie Forderungen) Das ganze Papier ist auf unserer Webseite aufgeschaltet.

Die Fraktion wird die entsprechenden Forderungen mittels Vorstössen im Parlament einreichen.

Sehr wichtig ist uns auch, dass der gehässigen Nörgelei an unserer Armee ein positiver und konstruktiver Beitrag entgegengesetzt wird. Wir wollen die Angehörigen der Armee motivieren und nicht demotivieren, wie dies leider tagtäglich geschieht.

Eines ist uns besonders wichtig: Wir wollen die Armeediskussion versachlichen – mit guten Vorschlägen.

Meine Damen und Herren

Das Jahr 2010 wird zu einem entscheidenden Jahr für unsere Partei. Im Frühjahr wird in den Kantonen Bern, Graubünden und Glarus gewählt – in unseren Stammländern! In Graubünden sind wir wegen des Ausschlusses der ganzen Kantonalpartei auf sehr hohem Niveau. Hier ist Halten schon ein Erfolg.

Im Kanton Bern dagegen wollen wir gewinnen! Auch wenn wir nicht so klotzen können wie die SVP mit ihrer flächendeckenden Inseratenschwemme.



Ich bin überzeugt auch wenn wir als David gegen Goliath, wenigstens was die Finanzen anbelangt antreten – wir werden gewinnen.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren:

Es sind Menschen wie Sie alle hier, die unsere BDP ausmachen! Engagiert. Herzlich. Umsichtig. Und (im richtigen Sinn verstanden!) *gut*-bürgerlich.

Unverbraucht, weltoffen, bereit und fähig für grosse Würfe.

Wir spüren durch Sie alle, wo die BDP trotz ihres jungen Alters herkommt und wir spüren auch, wo sie hin will. Wir spüren es besonders dann, wenn man sich beim Gespräch sowohl der Herkunft wie der Zukunft widmet.

Oder anders gesagt: wir spüren unsere Partei, wenn wir darüber diskutieren, wo wir gestalten wollen – aber auch, wo wir bewahren wollen. Das gehört für uns zusammen und darüber diskutieren wir gerne. Engagiert. Glasklar. Ja manchmal hart in der Sache. Aber immer fair im Umgang.

Gehen Sie nach Hause, in Ihre Familien, in den Betrieb, in Ihren Verein und erzählen Sie von unseren Veranstaltungen und unseren Diskussionen. Erzählen Sie von unserer BDP, die ganz nahe bei der Bevölkerung ganz konkrete Resultate erzielen will, die sich nicht vor der Welt abschottet.

Und nicht immer einfach nur den kürzestmöglichen, direkten Weg zum nächsten Wahlerfolg sucht.

Gehen Sie hinaus und erzählen Sie von unserer BDP. Einer BDP, wie Sie alle sie für mich verkörpern. Denn wie gesagt: es sind Menschen wie Sie, die unsere Partei ausmachen!

